

P/XVIII, 12

Bonn, den 17. Januar 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 1a	<u>Dem Lehrermangel folgt Leistungsmangel</u> Von Fritz Sänger, MdB Mitglied des Ausschusses für Kulturpolitik und Publizistik	99
2	<u>Die Mahnung</u> Zu Ollenhauers Brief an Adenauer	34
3	<u>Eine Flamme erlosch</u> Zum Tode von Wolfgang Döring	43
4 - 6	<u>Jugoslawen in der Bundesrepublik</u> Nach der Überfall auf die jugoslawische Vertretung in Mehlem	103
6	<u>Neue Akzente im deutsch-jugoslawischen Verhältnis ?</u> Nach einer Erklärung des jugoslawischen Aussenministeriums Von unseren Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher	27

Chefredakteur Günter Markscheffel

## Dem Lehrermangel folgt Leistungsmangel

Von Fritz Sänger, MdB

Mitglied des Ausschusses für Kulturpolitik und Publizistik

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts braucht niemand mehr davon überzeugt zu werden, daß unzureichende Schulbildung auf geradem Wege zu mangelhafter Leistung führt. Man weiß heute, was vor einem Jahrhundert die wachsende Industrialisierung lehrte, daß die Schulbildung und das Können des Facharbeiters, des Technikers, des Angestellten aller Ebenen in unmittelbarer Beziehung zueinander stehen.

Weniger deutlich wurde erkannt oder anerkannt, daß die moderne Schule einen modernen Lehrer braucht. Diese Wechselbeziehung ist aber nicht weniger unmittelbar. Die Entwicklung vom Unteroffizier, der zur Belohnung für treue Dienste anstelle des Exzerzierstocks den Rohrstock schwingen durfte, über den Seminaristen, der ein Jahrhundert hindurch eine solide methodische Leistung vorzuzeigen vermochte, bis zum Absolvieren der Akademien und Hochschulen für Pädagogik entsprach den unaufhörlichen steigenden Ansprüchen der Schule und der Volksbildung. Der zu wissenschaftlicher Arbeit erzogene und fähige Lehrer an den Volksschulen unserer Zeit hilft an der Verwirklichung des Grundsatzes mit, daß alle Kinder ohne Rücksicht auf den Geldbeutel der Eltern, deren soziale Stellung oder Wohnort allein nach ihren Gaben Anspruch auf die Entfaltung ihrer geistigen und seelischen Kräfte haben, gleichermassen und ohne Einschränkungen, die etwa aus einer unzureichenden Schulorganisation her-zuleiten wären.

Die bessere Schule ist mit dem besseren Lehrer Wirklichkeit geworden, und die pädagogische Wissenschaft hat ständig neue Aufgaben gestellt und wird immer wieder neue Ziele zeigen. An dieser Schule wird niemand rütteln wollen, und jene Lehrer, die dort arbeiten, gehören zu den Wegbereitern der Zukunft eines Volkes, so fern auch die Chance ist, das Ergebnis bildungspolitischer Entscheidungen greifbar zu machen.

In diesen Wochen wird nun mit wachsender Sorge festgestellt, daß der Tatsache einer steigenden Schülerzahl die andere einer fallenden Zahl von Kandidaten für das Lehramt an Volksschulen gegenübersteht.

- \* Zunächst werden statt der etwa 60 000 Abiturienten, die 1963
- \* die Höheren Schulen verlassen, 1965 kaum mehr als 45 000 als
- \* Reservoir zur Verfügung stehen, aus dem Lehrerstudenten ent-
- \* nommen werden könnten.

Dann kann weder der Ersatzbedarf befriedigt werden noch gar könnte man das Mehr des Bedarfs decken, das durch die steigende Zahl der Volksschulkin-der entsteht. Die kopfstarken Jahrgänge der letzten funziger Jahre, also der Zeit der Hochstkonjunktur, werden eingeschult. Die absoluten Zahlen für den Lehrerberarf sind unterschiedlich errechnet worden. Aber man wird nicht fehl gehen, wenn man voraussieht, daß statt der schon heute fehlenden etwa 35 000 Lehrer dann über 60 000 freie Stellen vorhanden sein werden. Es muß also rechtzeitig etwas geschehen, um das katastrophal große Loch einigermaßen stopfen zu können. Was kann getan werden?

Die Länder, die Betreuer des Schulwesens, haben eine Kommission beauftragt, Vorschläge auszuarbeiten. Am 15. Februar sollen sie vorliegen.

Denkschriften sind bekannt geworden, offizielle und andere, die eine Antwort zu geben versuchen. Daß dabei absurde und pädagogisch und schul- und bildungspolitisch unvertretbare Ideen geboren wurden, darf nicht wundern. Eine allgemeine Heraufsetzung der Pensionierungsgrenze der Lehrer wäre kein brauchbares Mittel. Ob im Einzelfall eine Fortsetzung der Schularbeit einem Lehrer gestattet werden soll, der zwar die Altersgrenze erreicht hat, aber keinesfalls "pensionsreif" ist, kann überlegt werden. Jedoch Hausfrauen aufzufordern, sich für Schnellkurse bereitzustellen, ist offenbar unverantwortlicher und gegenüber der Aufgabe der Schule unverantwortlicher typischer Notstandspsychose entsprungen. Über den Vorschlag einer "Überstundenbezahlung" (die es in Nordrhein-Westfalen übrigens schon gibt) könnte man nach vorheriger Klärung pädagogischer Grundsatzfragen - aber auch nur dann! - sprechen. Es wäre jedoch eine Lösung ohne erkennbare Wirkung. Man sollte die Finger von allen "Spezial-Prüfungen", Reifeexamen unterschiedlicher Art, lassen, wie die Erfahrungen lehren, die unter weit günstigeren Voraussetzungen in der Weimarer Zeit gemacht wurden.

Sicher gibt es Tätigkeiten des Lehrers, die eine weniger qualifizierte Vorkenntnis erfordern und Fächer, die man einem "Assistenten" überlassen könnte, der unter der Verantwortung des Lehrers arbeitet. Zeichnen, Werken, Hauswirtschaft, Musik und andere gehören hierher. Ein "pädagogischer Assistent", wie ihn die Lehrerorganisationen erdacht haben, könnte nützliche Hilfe leisten, zumal dann, wenn ihm die Chance geboten wird, eine weniger gründliche Schulbildung in dieser Zeit mit der praktischen Arbeit zu ergänzen und seinen theoretischen Fortschritt durch unveränderte Prüfungen nachzuweisen, die ihn dem akademisch gebildeten Lehrer allmählich gleichstellen. Bewährung allein genügt nicht. Es ist leicht vorzustellen, daß dies ein Weg wäre, pädagogisch befähigte, junge und der Jugend verbundene Menschen in die Schularbeit hineinzuführen, in der sie dann verbleiben könnten, wenn es das Ergebnis Ihres neben der praktischen Arbeit geleisteten Studiums erlaubt. Da könnte sich eine neue Laufbahn entwickeln.

- \* Eines aber muß ausserhalb der Diskussion bleiben, weil ein
- \* Bruch in einer jahrzehntelangen Entwicklung vermieden werden
- \* muß: es gibt keinen Unterschied der Qualifikation eines Lehr-
- \* rers nach der Schulart!

Auch die Grundschule, und sie vor allem, fordert einen Lehrer, der den Ansprüchen einer modernen Bildungsarbeit genügen kann, der die Differenziertheit der geistigen Kräfte in seiner Lehrerleistung ausbalanciert und so der schwierigsten Aufgabe näher zu kommen vermag, die menschlichem Tun gestellt ist, junge Menschen zu entwickeln, zu formen und nicht zu biegen oder gar zu beugen.

Die Bildungsaufgabe der Schule, und nur sie, ist der Maßstab aller Überlegungen und Entscheidungen, die nötig und eilig sind, um zu verhindern, daß Lehrermangel sich ausbreitet, weil ihm der Leistungsmangel auf dem Fusse folgt.

Man merke noch dies: Nicht alle Länder der Bundesrepublik haben Lehrermangel oder müssen ihn befürchten: H a m b u r g hat seine Schulen mit weitem Blick entwickelt und seine Lehrer mit hohen Ansprüchen gerufen - und sie kamen und kommen. B r e m e n folgt diesem Beispiel. Die Finanzminister müssen wissen, daß sie an keiner Stelle mit größerer Sicherheit investieren und mit höherem Zinssatz Kapital anlegen können, als in der Schule, für die Bildung der nächsten Generation.

Die Mahnung

Zu Ollenhauers Brief an Adenauer

sp - Der Brief des SPD-Vorsitzenden Erich Ollenhauer an Bundeskanzler Dr. Adenauer zur Problematik des kommenden Kanzlerbesuchs in Paris ist ein durch die aussergewöhnlichen Umstände diktierteter aussergewöhnlicher Schritt.

Er ist ein Appell an Dr. Adenauer, seine guten persönlichen Beziehungen zum französischen Staatspräsidenten wirksam werden zu lassen. Gleichzeitig soll das Schreiben Ollenhauers den Bundeskanzler noch einmal daran erinnern, welche Vorstellungen die deutsche Sozialdemokratie von einer effektiven Europa-Politik hat, eine Auffassung, die - nach allem, was bisher bekanntgeworden ist - auch der Haltung der überwältigenden Mehrheit des Bundestages und der deutschen Öffentlichkeit entspricht.

Es ist deshalb gut, daß Ollenhauer noch einmal auf die Grundidee der Europa-Politik hinweist. Europa kann nicht als "Waterland der Vaterländer" existieren; es ist nicht nur eine Summierung nationaler Interessen, sondern der Ausdruck des ständigen Bemühens, den freien Teil Europas in einer einzigen wirtschaftlichen Einheit zu verschmelzen. Die Aufnahme Großbritanniens in die EWG ebnet den Weg zum weiteren Ziel einer konsequenten europäischen Politik, zur politischen Union Europas.

Jeder Schritt, der uns in den vergangenen Jahren der Aussöhnung des deutschen mit dem französischen Volk näher gebracht hat, wird selbstverständlich von der Sozialdemokratie begrüßt. Sie strebte dieses Ziel schon zu einer Zeit an, als andere politische Kräfte "Europa" noch nicht entdeckt hatten.

Aber ebenso wichtig wie diese Feststellung ist gerade jetzt der Hinweis Ollenhauers darauf, daß eine deutsch-französische Freundschaft, die nicht gleichzeitig der Vereinigung Europas dient, ein Anachronismus wäre.

Der Brief Ollenhauers an Dr. Adenauer ist veröffentlicht worden und hat auch in politischen Kreisen der französischen Hauptstadt starke Beachtung gefunden. Zweifellos wird diese Tatsache dazu beitragen, dem Bundeskanzler die Aufgabe zu erleichtern, während seines Aufenthaltes in Paris den deutschen Standpunkt mit der allseits gewünschten Klarheit darzulegen.

## Eine Flamme erlosch

---

### Zum Tode von Wolfgang Döring

sp - Unfassbar erschien allen in den Donnerstagmorgenstunden die Nachricht vom plötzlichen, durch Herzinfarkt erfolgten Tode von Wolfgang Döring. Ein unbarmherziges Schicksal machte dem Leben eines Mannes ein Ende, dem eine grosse Zukunft vorausgesagt wurde. Auf dem Wege von seiner zweiten Heimatstadt Düsseldorf nach Bonn ereilte ihn das Geschick. Für seine Partei, die Freien Demokraten, bedeutet der Tod ihres stellvertretenden Vorsitzenden einen unersetzlichen Verlust. Der Bundestag, dem Döring seit 1957 angehörte, verliert ein hochgeschätztes Mitglied, dessen Stimme Gewicht und Bedeutung besass.

Wolfgang Döring zählte zur Kriegsgeneration; in ihm verkörperte sich das Schicksal von vielen Millionen Deutschen, die, fast kaum zum Mann erwachsen, auf den Schlachtfeldern des zweiten Weltkrieges litten, kämpften und starben, irregeleitet von einem Regime, das schamlos den Idealismus einer ganzen Generation verfälschte und missbrauchte. Der gebürtige Leipziger, Jahrgang 1919, verfiel, als er der Gefangenschaft entrannte, nicht der Resignation, die Flamme, die in ihm brannte, kam nicht zum Erlöschen. Es zog ihn schon wenige Jahre nach dem Zusammenbruch zur Politik, der er sich mit Feuereifer hingab. Seine politische Heimat fand er in der FDP, in der er bald führende Positionen innehatte.

Bekannt wurde Wolfgang Döring als treibende Kraft für das Zustandekommen der Regierung Steinhoff in Nordrhein-Westfalen. Die Vernunft gebiete es, so erklärte Döring damals, einzusehen, dass die SPD als grosse Partei nicht dauernd in der Opposition stehen könne, zumal im grössten Land der Bundesrepublik. Diese weitblickende, das Staatswohl als Ganzes berücksichtigende Haltung hat Döring schon zu einer Zeit eingenommen, als es noch zum "guten Tor" gehörte, der Sozialdemokratie die Regierungsfähigkeit abzustreiten. Eine Zeitlang blieb es um ihn still, Neid und Missgunst umgaben ihn. Doch seine Partei, vor allem ihre jüngeren Mitglieder, konnte auf ihn nicht verzichten; mit höher Stimmenzahl wählten ihn die Freien Demokraten auf ihrem Düsseldorfer Parteitag zum stellvertretenden Vorsitzenden.

Hell ging Dörings Stern in jener denkwürdigen Fragestunde in Sacher Begleiterscheinungen der Spiegel-Aktion auf, als er, selbst zur Überraschung mancher seiner Parteifreunde, sich dem Eingreifen des Bundeskanzlers in ein schwebendes Verfahren widersetzte. Hier sprach ein Mann von lauterer Gesinnung und intellektueller Redlichkeit, dem Fragen des Rechtes höher standen als Rücksichtnahme auf Koalitionsraison. Solche Männer fehlen uns, sie sind das Salz in der Politik, sie setzen durch ihr Wirken Beispiele, an denen sich eine zur Verantwortung berufene Jugend orientieren kann.

Wolfgang Döring war kein Ideologe, er liess sich in gängige Schemen nicht einreihen, in ihm schlug das Herz eines deutschen Patrioten, das sich verzehrte in der Sorge um unser Vaterland. Sein Tod trifft uns alle.

## Jugoslawen in der Bundesrepublik

E.B.-Am 29. November 1962 überfiel eine Gruppe von ungefähr 40 Kroaten das Gebäude der jugoslawischen Vertretung in Mehlem. Dabei wurde der Vertretungsangestellte Popovic durch Revolvergeschüsse schwer verletzt; er starb einige Tage später. Ein großer Teil des Mobilars der Vertretung wurde durch Sprengstoff zerstört. Die Terrorgruppe war mit zwei Omnibussen aus Dortmund gekommen; sie war aus Männern im Alter von 28 bis 55 Jahren zusammengesetzt. Inzwischen konnten 23 der an dem Überfall beteiligten Kroaten verhaftet werden; darunter auch ein Priester. Alle Verhafteten haben ihren Wohnsitz in der Bundesrepublik und genießen hier Asylrecht.

### Keine verallgemeinernde Hetze

Formal ist von den deutschen Behörden alles getan worden, um die Attentäter vor Gericht zu stellen. Die deutsche Öffentlichkeit, vertreten durch die Presse aller politischen Richtungen, hat den Überfall einmütig verurteilt. Die jugoslawische Regierung hat ihrerseits alles getan, um antideutsche Aktionen, die nach dem Überfall auf die jugoslawische Vertretung in der Bundesrepublik besonders in Belgrad, dem Sitz der deutschen Vertretung, befürchtet worden waren, unmöglich zu machen. Am Tage der Beisetzung des unglücklichen Popovic in Belgrad wurden die Strassen, die zur deutschen Vertretung in Belgrad führen, abgeriegelt und überwacht, um jeglicher antideutschen Aktion schnell Herr werden zu können. Die beim Begräbnis des Ermordeten gehaltenen Reden waren maßvoll, und auch die jugoslawische Presse ließ in ihren Kommentaren über das Attentat in Mehlem erkennen, daß niemand - ausser vielleicht nationalistischen Abenteurern - ein Interesse daran haben könne, den dramatischen Vorfall aufzubauschen oder gar Haßgefühle zu erwecken.

Dieser Tage wurde bekannt, die jugoslawische Regierung habe die seit langem geplante Turnée des Nationalballetts "Kolo" in die Bundesrepublik abgesagt. Entscheidender Grund für diese Maßnahme - so wurde in Belgrad erklärt - sei die Tatsache, daß am 29. und 30. Dezember 1962 in München ein kroatisches "Nationalkomitee" getagt und die Separation der kroatischen Gebiete aus dem jugoslawischen Staatsverband gefordert habe. Ausserdem seien "Aktionen" gegen das Nationalballett geplant.

### Wie leben die Jugoslawen bei uns ?

Diese Vorgänge, deren Bedeutung für das Ansehen der Bundesrepublik nicht unterschätzt werden sollte, geben Veranlassung, die Situation der hier lebenden Jugoslawen näher kennenzulernen. Zur Zeit leben in der Bundesrepublik etwa 40 000 Jugoslawen. 6 - 7000 von ihnen waren 1945 in deutscher Kriegsgefangenschaft, arbeiteten meist in der Landwirtschaft und hatten sich entschlossen, hier zu bleiben; entweder lehnten sie das politische Regime in ihrer alten Heimat ab, oder waren hier durch Heirat heimisch geworden. Die meisten Jugoslawen dieser Gruppe haben sich völlig eingelebt und sind kaum an politischen Vorgängen in

Jugoslawien interessiert. Sie sprechen deutsch und ihre Kinder besuchen selbstverständlich deutsche Schulen.

Etwa 32 000 Jugoslawen in der Bundesrepublik haben den Status von Gastarbeitern. Viele von ihnen stehen mit den offiziellen konsularischen Vertretungen Jugoslawiens in der Bundesrepublik in Verbindung, sie besuchen während der Urlaubszeit ungehindert ihre Familien in Jugoslawien und kehren ungehindert nach Deutschland zurück.

Eine Gruppe von ungefähr 200 Jugoslawen in der Bundesrepublik betrachtet sich als Nachfolgeorganisation der kroatischen Ustaschis; eine andere Gruppe, etwa 150 Personen, als "Aktiv" der serbischen Tschetniks. Beide Gruppen haben wenig oder gar keinen Kontakt mit dem Gros ihrer in der Bundesrepublik lebenden Landsleute. Besonders die Ustaschis führen ein Eigenleben; sie bezeichnen sich selbst als "Terroristen" und erklären offen, daß sie ihre kroatische Heimat gegebenenfalls auch mit Gewalt "vom Kommunismus befreien" wollen. Aus diesem Grunde schulen sie ihre Mitglieder im Umgang mit Sprengstoff und fordern von ihnen einen "Eid", durch den sie sie verpflichten, jeden vor der "nationalen Führung Kroatiens" gegebenen Befehl zu befolgen.

#### Belgrad wird ungeduldig

Im Jahre 1955 hat sich die Bundesregierung in einer an Belgrad gerichteten Note bereiterklärt, die Tätigkeit der Ustaschis auf dem Gebiet der Bundesrepublik zu unterbinden. Dieser Note war ein Schriftwechsel zwischen Bonn und Belgrad vorausgegangen, durch den die jugoslawische Regierung die Aufmerksamkeit Bonns auf gewisse grundgesetzwidrige Aktivitäten der Ustaschis gelenkt hatte. Ausserdem hatte Belgrad das Auswärtige Amt in Bonn darüber unterrichtet, daß mehrere der in der Bundesrepublik lebenden Kroaten im Jahre 1941 mit der Gestapo und dem SD aus Deutschland nach Zagreb gekommen waren und dort unter Leitung des nach dem Kriege in Spanien verstorbenen Ustaschi-Führers Pawlewitsch ein Terror-Regime ohnegleichen errichtet hatten. (Die erste Ustaschi-Parole lautete 1941: "Serben an die Weiden!", mit anderen Worten: "hängt sie auf!"). 1945 zogen die Reste der Ustaschi mit den deutschen Truppen ab, zerstreuten sich zunächst in alle Winde, nahmen später aber wieder Kontakt zu ihrem Führer Pawlewitsch (in Spanien) auf und bildeten "Stützpunkte" in Dortmund, Oberhausen, Krefeld, Duisburg, Köln und München. Vor zwei Jahren begab sich eine Ustaschigruppe aus der Bundesrepublik zu einer Totengedenkfeier an das Grab von Pawlewitsch in Spanien.

Gemessen an der großen Anzahl der in der Bundesrepublik als fleißige und angesehene Arbeiter lebenden Jugoslawen spielen die etwa 200 Ustaschi-Terroristen politisch kaum eine Rolle. Jedoch scheinen sie über Geldquellen zu verfügen, deren Größe darauf schliessen läßt, daß sie nicht aus Mitgliederbeiträgen stammen. Gelegentlich wird sogar behauptet, die Ustaschi operierten ähnlich wie seinerzeit die OAS in Frankreich, die sich durch Drohungen ausreichende Geldmittel für Terroraktionen bei den eigenen Landsleuten beschaffte. Auch von gewissen "Fonds zur Bekämpfung des Kommunismus" soll anlässlich der Untersuchung nach dem Überfall auf die jugoslawische Vertretung in Mehlem die Rede gewesen sein.



### Bonn sollte übernommene Verpflichtungen erfüllen

Gegenwärtig bemüht sich die jugoslawische Regierung, die Bundesregierung an die Gültigkeit der im Jahre 1955 gegebenen Zusage zu erinnern, wonach die Aktivität der Ustaschi - soweit sie nicht mit den Verpflichtungen des gewährten Asylrechts in Einklang gebracht werden kann - unterbunden werden sollte. Wegen der nicht vorhandenen diplomatischen Beziehungen zwischen Bonn und Belgrad sind komplizierte Verhandlungen mit Hilfe der schwedischen Botschaft in Bonn erforderlich, so daß der ganze Komplex nur sehr langsam entwirrt werden kann. Unabhängig jedoch von den erklärlichen politischen Vorbehalten, die in der Bundesrepublik gegenüber dem Regime in Jugoslawien erhoben werden, wäre es wünschenswert, wenn möglichst bald Entscheidendes getan wird, um das Verhältnis zwischen Bonn und Belgrad nicht noch mehr zu verschlechtern.

+ + +

### Neue Akzente im deutsch-jugoslawischen Verhältnis?

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

In einer Erklärung des jugoslawischen Außenministeriums zu dem Überfall auf das Gebäude der jugoslawischen Vertretung in Mehlem wird u.a. bedauert, dass die Regierung in Bonn keine erkennbare Geste gemacht habe, das Emigrantenproblem in einer für Jugoslawien zufriedenstellenden Weise regeln zu wollen. In Belgrader diplomatischen Kreisen wird vermutet, dass die jugoslawische Regierung Bonn erneut daran erinnern will, wie wenig befriedigend die bisherigen Verhandlungen über die Gestaltung der allgemeinen zukünftigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Jugoslawien verlaufen sind. Bezweifelt wird jedoch, ob die Absage der Tournee des Balletts "Kolo" ein geeignetes Mittel ist, um trotz des Überfalls auf die jugoslawische Vertretung in Mehlem das Verhältnis zwischen Jugoslawien und der Bundesrepublik besser zu gestalten. Bisher haben jugoslawische künstlerische Darbietungen in der Bundesrepublik auf das Publikum stets den günstigsten Eindruck gemacht. Andererseits - so wird in Belgrad versichert - sei die Befürchtung nicht ganz auszuschliessen gewesen, dass die künstlerischen Darbietungen erneut Anlass zu Emigrantendemonstrationen in der Bundesrepublik gegeben hätten.

Pankow hat sich jetzt indirekt in diesen "Schwebezustand" zwischen Bonn und Belgrad eingeschaltet. Nachdem die jugoslawische Regierung seit zwei Jahren vergeblich die Rückerstattung der vor und während des Krieges von jugoslawischen Arbeitern gezahlten Sozialversicherungsbeiträge und anderer Restitutionsen in Pankow bemüht hat, sind jetzt von Ostberliner Seite die Verhandlungen über die Regelung dieser Angelegenheit aktiviert worden. Pankow versucht auf diese Weise, in Belgrad einen günstigen Eindruck hervorzurufen. Die Bundesrepublik hat entsprechende jugoslawische Forderungen schon vor langer Zeit beglichen.

+ + +